

12 Anträge (schriftlich)

12.1 Erneuerung Rudolf-Hans-Bartsch Gedenktafel (KO GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

Am Schloßberg befindet sich die Gedenktafel von Offizier und Schriftsteller Rudolf Hans Bartsch, die eine verharmlosende Formulierung beinhaltet, außerdem befindet sich die Tafel auch in einem schlechten Zustand. Zur Verdeutlichen zitiere ich den genauen Wortlaut:

„(...)Die in seinem literarischen Werk antisemitische Tendenzen aufweist, eine zentrale Stellung einnahm. Er trat der NSDAP bei.“ Diese Formulierung erscheint sehr verharmlosend in Anbetracht, dass die NSDAP nicht irgendein Verein ist. Auf der Homepage der Stadt Graz ist ein etwas detaillierter Lebenslauf, der wiedergibt um welche Gesinnung es sich handelt.

(https://www.graz.at/cms/beitrag/10076284/7772685/Rudolf_Hans_Bartsch.html)

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine Erneuerung der Tafel vornehmen und die Formulierung präzisieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.2 KIG 2023
(GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Zuge des Kommunalen Investitionsprogrammes 2023 sind gem. § 2 Abs. 2 KIG 2023 Zuschüsse für Energiesparmaßnahmen (Effizienter Einsatz von Energie, Einsatz und Umstieg auf erneuerbare Energieträger oder biogene Rohstoffe (Bioökonomie), Ausbau und Dekarbonisierung von Fernwärme- und Fernkältesystemen) für Gemeinden vorgesehen. Insgesamt ist die Hälfte der gesamten Mittel des Kommunalen Investitionsprogrammes 2023 dafür reserviert. Für die Stadt Graz bedeutet dies, dass Euro 18,233.380,00 für derartige Maßnahmen zur Verfügung stehen würden.

Derzeit erkenne ich innerhalb der Stadtregierung wenig Aktivität, diese Mittel tatsächlich abzuholen. Offenbar gibt es noch keine Anträge der steirischen Landeshauptstadt dazu. Bedenkend, dass Anträge noch bis 31. Dezember 2026 gestellt werden können, sollten hier rasch Überlegungen erfolgen, wie die Mittel im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verwendet werden können.

Beispielsweise könnte der dringend notwendige Ausbau der E-Ladeinfrastruktur (E-Bike wie KFZ) damit finanziert werden. Ebenso ist der Ausbau der Fernwärme bzw. Fernkälte förderwürdig und auch die Dekarbonisierung der städtischen Busflotte bzw. des städtischen Fuhrparks könnte damit finanziert werden. Ebenso Maßnahmen aus der Klimastrategie des Hauses Graz, wie der Ausbau der Photovoltaik, wäre förderbar. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen in Graz mögen bis zur Sitzung des Gemeinderates im Dezember 2024 einen umfassenden Gemeinderatsbericht vorbereiten, in welchem sie

darlegen, wie sie gedenken jene Mittel, die für Energiesparmaßnahmen vorgesehen sind, aus dem KIG 2023 abzuholen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.3 Live – Stream Übertragung der Ausschüsse (CO GRⁱⁿ Hopper, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Möglichkeit zu bieten, dass politische Entscheidungen gut nachvollzogen werden können, sollte das erste Anliegen einer Stadtregierung sein. Nun ist uns allen sehr wohl bewusst, dass es zahlreiche Entscheidungen gibt, die von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zwar intensiv diskutiert werden, diese Diskussionen jedoch keinen Widerhall in den Gemeinderatssitzungen findet. Der Grund dafür liegt daran, dass vielfach bereits in den Ausschüssen wesentliche Grundfragen erörtert werden und oftmals auch bereits dort eine Entscheidung getroffen wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann dies dahingehend nachvollziehen, wenn die TO vorgelesen und bekannt gegeben wird, welche Punkte en bloc abgestimmt werden.

Nun gibt es jedoch derzeit keine Möglichkeit für die interessierte Beobachterin, den interessierten Beobachter, diesen Prozess in den Ausschüssen zu verfolgen. In Salzburg wiederum werden auch bereits jetzt Ausschüsse live übertragen und können dort Bürgerinnen und Bürger diese Sitzungen daher mitverfolgen.

Aus diesem Grund stelle ich folgenden

ANTRAG:

Die zuständigen Stellen sollen prüfen, ob eine Übertragung der Ausschüsse via Live Stream möglich ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.4 Pop Up-Info eine Woche vor Beginn einer Baustelle vor Ort (CO GRⁱⁿ Hopper, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Aktuell wird unsere Stadt mit 29 laufenden Baustellen in Atem gehalten. Die Einschränkungen für die Grazer Bevölkerung sind enorm und sehr belastend. Ob Bewohner:in, Geschäftsleute oder Handwerker:in, die Bevölkerung ist durch die Baustellenlast stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Von Totalsperren über Fahrbahnverengungen bis hin zu Sanierungsarbeiten, gibt es permanent Beeinträchtigungen im Individual- und auch öffentlichen Verkehr. Die Last dieser Einschränkungen und das permanente Stauchaos, wird tagtäglich von der Bevölkerung ertragen, die, wohl auch aufgrund der mangelnden Informationen, mittlerweile schon sehr strapaziert ist.

Da diese hohe Anzahl an Baustellen, für die Bevölkerung einfach nicht mehr überschaubar ist, und in zahlreichen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen wird, dass es viel zu wenig Bürgerinformationen gibt, möchte ich auf das Salzburger Modell eines temporären Pop-Up Infobüros verweisen. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger einfach und rasch über jegliche Bauarbeiten informieren und sich so wesentlich leichter den Gegebenheiten anpassen. Diese temporären Büros oder Infostände könnte man an besonders neuralgischen Stellen in den Bezirken kurzfristig installieren und damit eine optimale Informationssicherheit und Vermeidung von verkehrstechnischen Unannehmlichkeiten gewährleisten,

Daher stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, wie im Motiventext angeführt, folgenden

Antrag:

Es wird ersucht, die zuständigen Stellen zu beauftragen, rechtzeitig Pop Up-Büros oder Infostände vor Ort aufzustellen, damit sich die Grazer Bevölkerung zeitgerecht über allfällige Bauarbeiten informieren und danach richten kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.5 Einführung einer Einbahn in der Loewegasse
(GR Huber, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Bereits bei der Besichtigung der Loewegasse durch das Straßenamt am 29.02. 2024 haben viele Bewohner:innen der Loewegasse 1-13 argumentiert, dass der Wegfall der derzeitigen Wohnstraße zu einer Verschlechterung der Gesamtsituation in diesem Bereich führen wird. Auch die geplante Einbahnregelung von der Straßgangerstraße in Richtung Westen führt zu einer Verlagerung des Verkehrs in die ruhigen Zonen nördlich der Loewegasse. Insgesamt würde sich durch die Errichtung einer Einbahnregelung die gesamte Verkehrssituation in diesem Gebiet für die Anrainerinnen und Anrainer verschlechtern.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, eine Evaluierung betreffend der Verkehrssituation in der Loewegasse durchzuführen und nochmals mit den Anrainerinnen und Anrainern in Verbindung zu treten, um eine passende Verkehrslösung für die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer sicherzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.6 Fahrverbot für Fahrräder in der Sporgasse (GR Huber, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Viele Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer ignorieren leider das Fahrverbot für Fahrräder in der Sporgasse. Durch die enge Gasse, und auch die Gastgärten im Sommer, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Fußgängern Radfahrern. Besonders für Essenszusteller ist die Sporgasse eine beliebte Route, die mit erhöhtem Tempo durch die Straße fahren. Immer mehr Passantinnen und Passanten treten deshalb an uns heran und beschweren sich über die teilweise rücksichtslose Fahrweise von Radfahrerinnen und Radfahrer.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, eine besser sichtbare Beschilderung des Fahrverbots für Radfahrer in der

Sporgasse anzubringen, um mögliche Gefahrensituationen zwischen Fußgängern und Fahrradfahrern in Zukunft zu vermeiden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.7 Radargerät in der Göstinger Straße (GR Huber, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In der Göstinger Straße kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen wegen zu schnell fahrender Autos. Im Bezirksrat wurde diesbezüglich bereits mehrmals ein Antrag für die Errichtung eines Radargerätes eingebracht.

Leider bisher ohne Erfolg.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, sich für die Errichtung eines Radargerätes in der Göstinger Straße einzusetzen.

Dem betroffenen Bezirksrat ist darüber bis Ende des Jahres zu informieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.8 Wartehäuschen Freiheitsplatz
(GR Huber, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Der Freiheitsplatz ist einer der beliebtesten Plätze in Graz. Die vielen unterschiedlichen Lokale beleben den Platz und machen den Freiheitsplatz vor allem im Sommer zu einem Hotspot der jüngeren Bevölkerung in Graz. Der Platz lebt jedoch nicht nur von seinen Lokalen, auch das Schauspielhaus verleiht diesem Platz seinen unverwechselbaren Charakter. Aus der Bevölkerung erreicht uns immer wieder die Frage, warum es am Freiheitsplatz keine Wartehäuschen bei den beiden Busstationen stehen, obwohl der Platz derart belebt ist.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, die Möglichkeit der Errichtung von Wartehäuschen bei den beiden Busstationen am Freiheitsplatz zu prüfen. Nach positiver Prüfung sind die beiden Wartehäuschen bis Anfang des Jahres 2025 zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.9 Ausstellung von Lebensbestätigungen in Servicestellen der Stadt Graz
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Bis vor Kurzem war es möglich, Lebensbestätigungen in den Servicestellen der Bezirke zu erhalten. Nun müssen diese im Standesamt der Stadt beantragt werden.

Gerade für Senior:innen, die auf eine einfache und wohnortnahe Möglichkeit angewiesen sind, stellt der Weg zur Schmiedgasse eine Hürde dar. Auch die Ausstellung über das Urkundenservice auf oesterreich.gv.at, mit Voraussetzung der ID-Austria, ist oft nicht seniorengerecht.

Um gerade älteren Mitbürgern eine Erleichterung ihres Alltags zu ermöglichen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die Bürgermeisterin wird aufgefordert zu prüfen, welche Maßnahmen gesetzt werden können, um die Ausstellung von Lebensbestätigungen wieder in den Servicestellen der Bezirke zu ermöglichen

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.10 Fahrradstraße Laimburggasse
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die Laimburggasse in Geidorf soll laut Ankündigungen demnächst zu einer

Fahrradstraße umgewandelt werden. Weiterführende Informationen sind derzeit weder den Anrainern oder dem Gemeinderat bekannt. Fest steht allerdings, dass Fahrradstraßen in der bislang von der Vizebürgermeisterin verordneten Form negative Auswirkungen auf den Ausweichverkehr, die Parkplatzsituation und betroffene Wirtschaftstreibende haben.

Die Laimburggasse, in der selbst und in deren unmittelbarer Nähe unzählige Arztpraxen und ärztliche und medizinische Versorgungseinrichtungen wie Hebammen oder Physiotherapeuten angesiedelt sind, eignet sich daher kaum, um hier eine reine Fahrradstraße, wie nach Vorbild Marburger-Straße, zu implementieren, da gerade hier viele Menschen tatsächlich auf ein Auto angewiesen sind, um zu ihrer medizinischen Versorgung und Behandlung zu gelangen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, bei der Implementierung einer Fahrradstraße Laimburggasse, aufgrund der hohen Dichte an medizinischen Versorgungseinrichtungen, die unmittelbare Erreichbarkeit dieser durch den MIV weiterhin zu gewährleisten und somit auch weiterhin entsprechende öffentliche Parkplätze zu garantieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.11 Gefährliche Bushaltestelle Toni-Schruf-Weg
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
die Bushaltestelle Toni-Schruf-Weg in der Hohenrainstrasse (Linie 69) stellt ein Gebiet erhöhter Gefahr für die Benutzerinnen und Benutzer der dort fahrenden öffentlichen Verkehrsmittel dar. So müssen die wartenden Fahrgäste auf einer völlig ungesicherten Straßenkreuzung ohne Podest oder Bodenmarkierungen auf den Bus warten. Leider wird der 30er Zone in der Hohenrainstraße kaum Folge geleistet, wodurch die ungeschützt auf den Bus wartenden Menschen, durch die mit erhöhter Geschwindigkeit fahrenden Autos in Gefahr gebracht werden. Betroffene sprechen davon, dass oft nur wenige Zentimeter Abstand zu den Wartenden genommen wird. Eine für alle, aber besonders für Kinder und ältere Personen, untragbare Situation. Für den Ausbau dieser Haltestelle soll bereits ein Planungsentwurf vorliegen, der Umsetzungszeitraum liegt allerdings in weiter Ferne. Wie auch die Umsetzung des Schutzweges zur Verkehrssicherheit der Fußgänger in der Peterstalstraße/Breitenweg einfach verschoben wurde, steht zu befürchten, dass auch die Umsetzung der betreffenden Haltestelle keine Priorität von Seiten der Vizebürgermeisterin eingeräumt wird und Projekte zum tatsächlichen Schutz der Bewohner in St. Peter weiterhin stiefmütterlich behandelt werden. Aus diesem Grund stelle ich
h namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen unmittelbar reagieren und wegen der vorherrschenden Gefahrenzone an der Haltestelle Toni-Schruf-Weg die Umsetzung des Aus- bzw. Umbaus der Bushaltestelle priorisieren.*

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die bereits im Mai beschlossene Maßnahme der Errichtung eines Schutzweges in der Petrifelderstraße Ecke Breitenweg zur Verkehrssicherheit der Fußgänger nicht weiter verzögern, sondern vor allem im Sinne der vielen Schulkinder, die hier ihren Schulweg begehen, priorisieren.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.12 Bewerbung European Capital of Innovation Award (GR Stücklschweiger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Die Stadt Graz hat sich als innovative und zukunftsorientierte Stadt etabliert. Mit einer starken Hochschullandschaft, zahlreichen Forschungseinrichtungen und einer boomenden Start-up-Szene bietet Graz optimale Rahmenbedingungen, um sich als europäische Innovationshauptstadt zu positionieren. Die Stadt vereint ein dynamisches Start-up-Ökosystem mit einer exzellenten wissenschaftlichen Infrastruktur und einer starken industriellen Basis, was zu einer einzigartigen Innovationskultur führt.

Eine treibende Kraft hinter dieser Entwicklung sind die renommierten Universitäten und Forschungseinrichtungen der Stadt. Die Technische Universität Graz und die Karl-Franzens-Universität arbeiten eng mit der Wirtschaft und innovativen Start-ups zusammen, um wissenschaftliche Forschung direkt in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu überführen. Diverse Programme und die vielfältigen universitären Ausgründungen sind dafür Beispiele und machen Graz zu einem Zentrum für technologische Durchbrüche und Wissenstransfer.

Zugleich ist die Stadt Heimat für eine Vielzahl von hochinnovativen Start-ups, die auf

internationalen Märkten erfolgreich agieren. Der „Unicorn Start-up Hub“ und der „Science Park Graz“ bieten diesen jungen Unternehmen optimale Unterstützung – von der Gründung bis zur Internationalisierung. Zahlreiche Start-ups aus den Bereichen Künstliche Intelligenz, Gesundheitswesen und Mobilität haben ihren Ursprung in Graz und konnten sich dank der engen Zusammenarbeit mit den Grazer Universitäten und Forschungsinstituten zu globalen Playern entwickeln.

Graz beherbergt zudem führende Unternehmen und Technologiekonzerne, die das Innovationsumfeld der Stadt prägen. Firmen wie AVL List, der weltweit größte unabhängige Anbieter von Entwicklung, Simulation und Testen im Automobilbereich spielen eine Schlüsselrolle im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung. Unternehmen wie dieses arbeiten Hand in Hand mit der Wissenschaft und den Start-ups der Region, um innovative Lösungen in den Bereichen Mobilität, Energie und Digitalisierung voranzutreiben.

Die enge Vernetzung zwischen Wissenschaft, Start-ups und Großunternehmen in Graz schafft ein einzigartiges Innovationsökosystem, das weit über die Stadtgrenzen hinauswirkt. Diese Zusammenarbeit hat dazu geführt, dass Graz in wichtigen Zukunftsbranchen wie der nachhaltigen Mobilität, der Medizintechnologie und der erneuerbaren Energien europaweit führend ist. Ein Beispiel für diese erfolgreiche Kooperation ist das „ACIB – Austrian Centre of Industrial Biotechnology“, das Brücken zwischen Grundlagenforschung und industrieller Anwendung baut und weltweit Anerkennung genießt.

Nicht nur Unternehmen profitieren von dieser Innovationslandschaft, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Mit einer Bewerbung für den „European Capital of Innovation Award“ wird Graz seine Rolle als europäischer Innovationsführer weiter festigen und sich auf internationaler Ebene als Modellstadt präsentieren. Der Preis wäre nicht nur Anerkennung für die bisherigen Erfolge, sondern auch ein Katalysator für neue Investitionen und Partnerschaften mit globalen Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Der "European Capital of Innovation Award" bietet die Chance, diese Erfolge auf europäischer Ebene sichtbar zu machen und die internationale Strahlkraft der Stadt

weiter zu erhöhen. Eine erfolgreiche Bewerbung würde nicht nur das Image der Stadt stärken, sondern auch weitere Investitionen und Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung anziehen. Zudem werden in Graz wissenschaftliche Exzellenz und unternehmerische Initiative eng miteinander verknüpft, was zu einer dynamischen Innovationskultur beiträgt.

Um die Innovationskraft unserer Stadt zu würdigen und den Standort zu stärken, stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Fachabteilungen, die Bewerbung der Stadt Graz für den "European Capital of Innovation Award" vorzubereiten und fristgerecht für die Bewerbung 2025 einzureichen.

Link zur Award-Seite: https://eic.ec.europa.eu/eic-prizes/european-capital-innovation-awards_en

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.13 Installation von öffentlich zugänglichen Laien-Defibrillatoren in der Merkur Arena Graz
(GR Stücklschweiger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

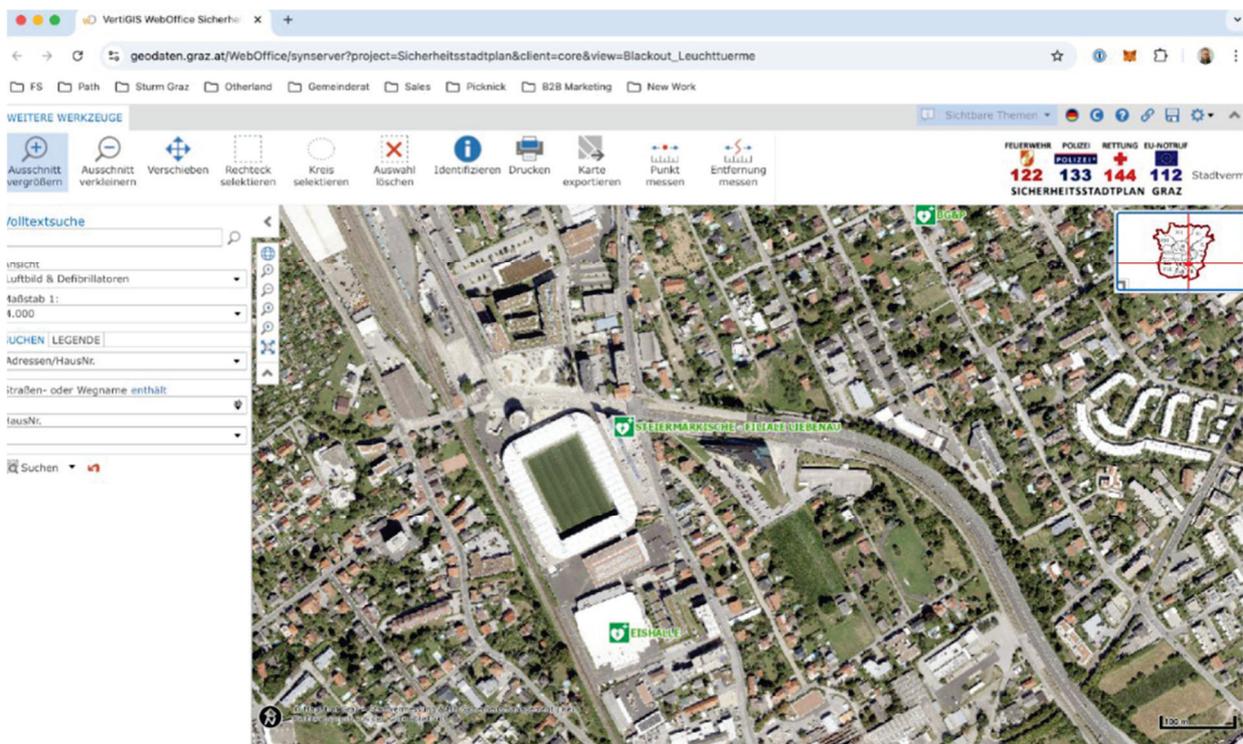
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Die Merkur Arena ist ein wichtiger Austragungsort für Fußballspiele in Graz, bei denen sich regelmäßig tausende Menschen aufhalten. Bei derartigen Veranstaltungen ist das Risiko für medizinische Notfälle, insbesondere Herz-Kreislauf-Stillstände, erhöht. Der Einsatz von automatisierten externen Defibrillatoren (AEDs) kann in solchen Fällen Leben retten, wenn schnelle Erste-Hilfe-Maßnahmen ergriffen werden.

AEDs sind speziell dafür entwickelt, auch von Laien sicher und effektiv bedient werden zu können. Sie ermöglichen es, die Zeit bis zum Eintreffen professioneller Rettungskräfte zu überbrücken und die Überlebenschancen bei einem Herzstillstand deutlich zu erhöhen.

In vielen öffentlichen Einrichtungen und Stadien in Europa sind AEDs bereits standardmäßig verfügbar. Durch die Installation von ausreichend AEDs in der Merkur Arena leistet die Stadt Graz einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Besucherinnen und Besucher. Die Geräte sollen gut sichtbar und an strategischen Knotenpunkten wie Eingängen, Tribünen, sowie in der Nähe von Verpflegungsständen und sanitären Anlagen angebracht werden.

Zusätzlich sollten Hinweisschilder sowie Schulungen für das Stadionpersonal bzw. das Personal der jeweiligen dort spielenden Vereine sowie deren Sicherheitspersonal eingeführt werden, um sicherzustellen, dass im Notfall schnell und effektiv reagiert werden kann.



Bisher gibt es Defibrillatoren nur in der Eishalle und der Filiale der Steiermärkischen

Bank - dorthin ist Ersthelfer:innen der Weg aus dem Stadion und wieder zurück einerseits wegen Sicherheitsbestimmungen (Drehkreuze im Stadion, Sicherheitspersonal), andererseits wegen der langen Wege nicht möglich.

Um die medizinische Sicherheit der Fans in der Merkur Arena zu erhöhen und schnelles Eingreifen von Ersthelfer:innen zu ermöglichen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Abteilungen, die Installation von ausreichend öffentlich zugänglichen Laien-Defibrillatoren in der Merkur Arena Graz umzusetzen und entsprechende Maßnahmen zur Sichtbarkeit und Schulung des Personals einzuleiten. Die Kosten für die Anschaffung, Installation und Wartung der AEDs sind im Rahmen des städtischen Sicherheitsbudgets zu berücksichtigen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.14 Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Gradnerstraße – Erweiterung der Fahrradwegmarkierungen und Erhöhung der Sichtbarkeit von Fußgängerüberwegen
(GR Stücklschweiger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Die Gradnerstraße wurde kürzlich um einen neuen Fahrradweg erweitert, der für die Sicherheit von Radfahrern und E-Scooter-Fahrern eine wichtige Rolle spielt. Jedoch ist die Situation für Autofahrer beim Abbiegen, insbesondere an den zahlreichen Firmeneinfahrten, herausfordernd. Morgens blendet häufig die Sonne, und die vorhandenen weißen Bodenmarkierungen für Fußgängerübergänge und Einfahrten

sind oft schwer erkennbar, da sie durch andere Beschilderungen und Bushaltestellen in den Hintergrund treten. Dies stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, wie der Unfall am 26.08.24 (<https://grazer.at/story/de/wieder-unfall-mit-e-scooter-in-graz-ein-14-wurde-brX8OgNt/>) gezeigt hat, bei dem ein junger E-Scooter-Fahrer beim Abbiegen von einem Autofahrer übersehen wurde.

Zur Verbesserung der Sichtbarkeit und Sicherheit wird vorgeschlagen, rot-blaue Markierungen, wie sie in St. Peter erfolgreich eingesetzt werden, auch in der Gradnerstraße zu installieren. Diese Markierungen helfen Autofahrern, die Fahrradrouten klar zu erkennen und entsprechend vorsichtig abzubiegen. Darüber hinaus sollten die Einfahrten zu den Firmengeländen durch zusätzliche Schilder oder Bodenmarkierungen deutlicher hervorgehoben werden, um die Aufmerksamkeit der Autofahrer zu erhöhen.

Solche Maßnahmen würden sowohl die Sicherheit von schwächeren Verkehrsteilnehmern wie Fußgängern, Radfahrern und E-Scooter-Fahrern als auch das Wohlbefinden von Autofahrern erheblich verbessern. Es ist von größter Bedeutung, Unfälle zu vermeiden und die Verkehrsteilnehmer in diesem stark frequentierten Bereich der Stadt zu schützen.

Um zukünftig eine verbesserte Situation der Verkehrssicherheit zu erlangen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Abteilungen, eine detaillierte Analyse der Verkehrssituation in der Gradnerstraße vorzunehmen und entsprechende Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Sicherheit von Fahrradwegen und Firmeneinfahrten umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.15 AnrainerInnenparken Brandhofgasse/Leonhardstraße/Maiffredygasse
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Durch den Umbau der Straßenzüge zwischen Maiffredygasse, Leonhardstraße und Brandhofgasse sind erneut im ohnehin schon stark reduzierten Parkraum in St. Leonhard Parkplätze weggefallen. Anrainer:innen berichten u.a. von Parkplatzsuchen, die über eine Stunde dauern und eine herausfordernde Situation für ältere und gehbehinderte Menschen darstellt. Bemerkenswert ist, dass im Rayon mehr Ausnahmegenehmigungen ausgestellt werden als Parkplätze vorhanden sind. In Kombination mit der Tatsache, dass aus dem Bezirk Innere Stadt immer mehr Parkplatzsuchende in die umliegenden Bezirke, also auch nach St. Leonhard ausweichen und so dort für zusätzliches Verkehrs- und Parkaufkommen sorgen, sind Anrainer:innen mit einer komplexen und schwierigen Situation konfrontiert, die man mit Anrainer:innenparkplätzen wenn schon nicht auflösen, so doch zumindest lindern könnte.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Judith Schwentner möge in den oben genannten Gassen schnellstmöglich Anrainer:innenparkplätze (mit der Beschränkung von 19:00 bis 7:00 Uhr) installieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.16 Fußgängerzonen - Schutz von Personen mit besonderen Bedürfnissen
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Menschen mit besonderen Bedürfnissen müssen im öffentlichen Raum mit besonderer Sorgfalt wahrgenommen und in ihrer Selbstbestimmtheit besonders unterstützt werden. Dazu gehört auch und insbesondere, dass diese Menschen sich sicher im öffentlichen Raum bewegen können; insbesondere Fußgängerzonen sind hier wichtige Wege, die die Betroffenen möglichst ohne Beeinträchtigung durch andere Verkehrsteilnehmer angstfrei nützen können sollten. Die Beobachtung zeigt aber, dass blinde Personen und Personen, die auf Rollstuhl oder andere Hilfsmittel angewiesen sind, mit zahlreichen Problemen konfrontiert sind, wenn es um die Frequentierung der Grazer Fußgängerzonen geht. Das Hauptproblem dabei ist, so melden es Betroffene, dass praktisch ganztägig Lieferverkehr durch LKW, Pedelecs und Autos entgegen der dafür vorgesehenen Zeiten stattfindet. Dies ist in der Herrengasse ein besonders dringendes Thema, betrifft aber auch die Sporgasse. In sämtlichen Fußgängerzonen ist eine weitere Gefahrenquelle die starke Nutzung durch RadfahrerInnen, auch wenn diese, wie in der Herrengasse und Sporgasse, untersagt ist.

Die Stadt Graz betont häufig, wie wichtig Inklusion sei. Um diesem Bekenntnis in den Aktivitäten im öffentlichen Raum zu entsprechen, muss dringend etwas getan werden, um den öffentlichen Raum gerade dort, wo er für Menschen mit besonderen Bedürfnissen eigentlich problemlos zu nutzen sein sollte, sicherer zu machen.

Da bereits zahlreiche Anträge zur allgemeinen Fußgänger:innensicherheit über Monate unbeantwortet bleiben und sich die Situation generell leider immer mehr verschlechtert, wird es umso dringender, gerade für jene tätig zu werden, die ohnehin schon mit einer besonderen Herausforderung zu tun haben.

Einmal mehr ist festzuhalten, dass natürlich die Polizei für Strafen und Ahndungen der Regelübertretungen zuständig ist. Trotzdem sollte die Stadt selbst hier tätig werden und einen Beitrag leisten, um die selbstbestimmte Mobilität für Menschen mit

besonderen Bedürfnissen in Fußgängerzonen zu fördern. Dies alles auch vor dem Hintergrund, dass Graz seit mehr als zwei Jahren eine FußgängerInnenbeauftragte hat, die bestimmt auch dieses Thema als dringend erachtet, aber noch nicht mit einem Vorstoß in diese Richtung in Erscheinung getreten ist.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Frau Bürgermeisterin Elke Kahr und die für Verkehr zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner sowie die Fußgänger:nnenbeauftragte der Stadt Graz nehmen sich dieses Themas unverzüglich an und erarbeiten mit den Selbstvertreterorganisationen und Vertreter:nnen namhafter Lieferdienste eine Lösung, die die Fußgängerzonen im Sinne der Menschen mit besonderen Bedürfnissen berücksichtigt und respektiert.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.17 Parkgebühren – Parkraum in der Innenstadt
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

In der Innenstadt sind UnternehmerInnen und Wirtschaftstreibende nach wie vor aufgrund der zahlreichen Baustellen und zunehmenden Beschränkungen unter Druck. Einerseits wurden zuletzt rund um die Kaiserfeldgasse zahlreiche Parkplätze gestrichen, um den öffentlichen Raum neu zu verteilen, wie es das Bestreben der Vizebürgermeisterin Mag. Schwentner ist. In diesem Teil der Stadt sind zahlreiche Geschäfte und Büros angesiedelt, die nicht zuletzt durch die lange Baustellenphase im Bereich Joanneumring/Neutorgasse massiv beeinträchtigt waren. Viele der

Geschäftstreibenden haben aufgrund ihrer Tätigkeit eine Ausnahmegenehmigung als UnternehmerInnen beantragt und finden nun keinen Parkplatz mehr. Das Argument, dass im Rayon ausreichend Parkplätze zur Verfügung stünden ist hier leider nicht zutreffend, weil häufig die Notwendigkeit, aufgrund von Anlieferungen in der Nähe ihres Geschäftslokals zu parken, besteht. Nun steht also die bereits entrichtete Gebühr dem tatsächlichen Nutzen gegenüber, es stellt sich die Frage, wie die Stadt mit den veränderten Bedingungen umgeht. Zugleich werden Fälle bekannt wie jener der Firma Wittenhagen, die in der Hans Sachs-Gasse angesiedelt ist und nun keine bezahlte Verlängerung der Parkgenehmigung für den Firmen-LKW mehr erhält. Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen überprüfen, inwieweit die bereits geleisteten Zahlungen in Einklang mit den zu Recht erwarteten Parkmöglichkeiten zu bringen sind, ob die aktuelle Lage rechtlich abgesichert ist, ohne Rückzahlungen durch die Stadt nötig zu machen, und wie man Firmen in Situationen wie oben beschrieben schnell Lösungen anbieten kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.18 Würdigung Helga Konrad
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Am Samstag, dem 12. Oktober, ist die ehemalige Frauenministerin Österreichs, Helga Konrad, im Alter von 76 Jahren überraschend verstorben.

Helga Konrad war eine der bedeutendsten Frauenpolitikerinnen der österreichischen Geschichte. Viele Fortschritte in der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehen direkt auf ihr politisches Wirken zurück.

Und mit ihrer legendären Kampagne „Ganze Männer machen halbe-halbe“, die noch heute bekannt und aktuell ist, hat sie die so dringend notwendige Diskussion über die gerechte Aufteilung von unbezahlter Arbeit angestoßen.

Vor ihrer Zeit als Frauenministerin war Konrad Gemeinderätin und Stadträtin Graz. In ihrer Tätigkeit als Ministerin hat Helga Konrad viele wichtige frauenpolitische Maßnahmen gesetzt, die auch direkt in Graz sichtbar sind.

Dazu gehört unter anderem die Verabschiedung des österreichischen Gewaltschutzgesetzes und die Einrichtung der ersten Interventionsstelle gegen Gewalt – dem heutigen Gewaltschutzzentrum in Graz. Sie setzte sich für die Einrichtung eines eigenen Frauenreferats in der Stadt Graz ein und regte Initiativen wie 'Frauen planen ihre Stadt' an, aus denen in weiterer Folge zum Beispiel das Grazer Frauen- Gesundheitszentrum, frauenspezifische Bauprojekte oder die Kriseninterventionsstelle und -unterbringung für Jugendliche 'Tartaruga' entstanden sind.

Helga Konrad war Trägerin des Großen Goldenen Ehrenzeichens mit Stern der Republik Österreich. 2016 wurde Konrad der Ehrentitel „Bürgerin der Landeshauptstadt Graz“ verliehen. 2024 wurde sie mit dem Grazer Frauenpreis für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Ich persönlich bin extrem stolz darauf, Helga Konrad persönlich gekannt zu haben und als Stadt Graz sollten wir ihr ein würdiges Andenken bereiten und sie stets so in Erinnerung halten, wie sie war – immer mutig, entschlossen und unbeirrbar im Kampf um ein besseres Leben für

die Menschen in Graz und ganz Österreich. Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadtregierung mögen gemeinsam mit der Bürgermeisterin prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Helga Konrad ein würdiges Andenken im Grazer Stadtbild zu schaffen.*
- *Es soll eine Straße nach Helga Konrad benannt, oder ihr ein sichtbares frauenpolitisches Denkmal gesetzt werden.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.19 Beratungsstelle für Alleinerzieher:innen
(KO GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Gut ein Fünftel aller österreichischen Familien ist „alleinerziehend“ – wobei unter den Alleinerzieher:innen die Frauen deutlich in der Mehrzahl sind. Doch egal ob Mann oder Frau: Alleinerziehend zu sein, nicht auf die Unterstützung eines Partners/einer Partnerin zählen zu können, stellt zumeist eine Herausforderung dar. Dies aber ganz besonders zu Beginn – nach einer Trennung, nach dem Tod des Partners/der Partnerin oder gleich unmittelbar nach der Geburt des Kindes: Häufig sind es finanzielle Sorgen, die zu Zukunfts- und Existenzängsten führen, rechtliche Unsicherheit, Einsamkeit oder falsches Schamgefühl, die viele Betroffene schier verzweifeln lassen. In solchen Situationen sind rasche, unbürokratische Hilfestellungen immens wichtig: Sei es, über professionelle Anlaufstellen, die auf Fragen aller Art Antwort geben können oder zumindest

über Informationsfolder.

Die Diözese Graz-Seckau führt - im Übrigen mit Unterstützung der Stadt Graz – erfreulicherweise eine Beratungsstelle „alleinerziehend“ mit breitgefächertem Angebot. Aber es empfindet natürlich nicht jede und jeder Betroffene als angenehm, sich an eine konfessionelle Stelle wenden zu müssen, würde sich eher eine „neutrale“ und staatliche bzw. städtische Stelle wünschen, an die sie bzw. er sich wenden kann; konkret eine Anlaufstelle, die kompetent die wichtigen Erstinformationen geben kann und durch die vielfältigen Hilfs- und Beratungsangebote für Alleinerziehende leiten kann. Zumindest aber einen Info-Folder, der unter anderem bei Kinder- und Frauenärzt:innen, den Portieren in Rathaus und Amtshaus, in den Servicestellen der Stadt Graz, in Apotheken usw. aufliegen könnte und aus dem auf einen Blick ersichtlich ist, wo welche finanziellen oder rechtlichen Unterstützungen möglich sind, der mit Kontakte zu Selbsthilfegruppen benennt und Tipps gibt, wo man Alleinerziehende treffen könnte, die mit ähnlichen Fragestellungen konfrontiert sind.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht eine Anlauf- und Informationsdrehscheibe für Alleinerziehende innerhalb des Magistrats einzurichten, zumindest aber einen Informationsfolder für Alleinerziehende mit den für sie wichtigsten Anlaufstellen und Kontakten aufzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.20 30er oder Verkehrsspiegel Ibererstraße 2.0
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung vom 13 Juni 2024 stellten wir diesbezüglich bereits einen Antrag, welcher bedauerlicherweise negativ ausfiel.

Da wir zu diesem Thema aber weiterhin viele Anfragen der Anrainer bekommen und es einige Berichte von Beinaheunfällen in diesem Bereich gibt, stellen wir den Antrag erneut. Die Sichtverhältnisse scheinen mit Tempo 30 vermutlich ausreichend, jedoch sind sie auf Grund der erhöhten Geschwindigkeit (50er) zu gering. Auch wenn die gemessene Durchschnittsgeschwindigkeit unter 50 Km/h liegt, darf man dennoch 50 km/h fahren, was auch viele entgegen der Straßenverhältnisse ausnutzen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Tempo 30 in der Ibererstraße umgesetzt werden kann oder ersatzweise bei weiter erlaubten Tempo 50 wieder ein Verkehrsspiegel an der Kreuzung Josef-Pock-Straße errichtet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.21 Bezirksversammlungen
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am 16.10.2024 fand im Bezirk Andritz die jährliche Bezirksversammlung statt. Die offizielle Tagesordnung der Einladung war mit folgenden Punkten veröffentlicht:

1. Eröffnung und Begrüßung

2. Informationsbericht über aktuelle bezirksbezogene Angelegenheiten und Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Bezirksvorsteher:in und des Bezirkrates.

3. Darlegung Bezirksbezogener Wünsche und Vorschläge durch die anwesende Bevölkerung

4. Allfälliges

Bis einschließlich des zweiten Tagesordnungspunktes war die Versammlung schlüssig und konnte die Bevölkerung schon einige Fragen an die Bezirksvorsteherin richten.

Offensichtlich wurde die Tagesordnung auf die Bedürfnisse von Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner ausgelegt und der Punkt drei in Verkehrsthemen umgewandelt oder zwischen eingeschoben, um über Grüne Verkehrspolitik zu sprechen. Zwischenzeitlich hatte man das Gefühl auf einer Wahlveranstaltung der Grünen zu sein.

Fragen außerhalb des Verkehrsthemas wurden erst gar nicht zugelassen, obwohl Frau Schwentner als zuständige Stadtsenatsreferentin für viele neuralgische Bereiche im Interesse der Andritzer direkt verantwortlich ist. Hierzu sei nur der Vollständigkeit halber das Hochwasserproblem erwähnt, dass obwohl in den letzten Monaten viel diskutiert, nicht mit einem Wort erwähnt wurde. Dazu gesellt sich das Thema der Bebauung, die trotz vieler Versprechen der derzeitigen Koalition voranschreitend. Selbst die Fragen rund um den Verkehr wurden nicht immer ausreichend beantwortet, sondern

versucht Verzögerungen oder Ablehnungen mit Bürokratie und langwierigen Verfahren zu rechtfertigen. Insgesamt war die anwesende Bevölkerung nach der Versammlung nicht besser informiert als zuvor.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, in wie weit es möglich ist zu veranlassen, dass die Tagesordnung von Bezirksversammlungen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst wird und eine Pflicht eingeführt werden kann, dass sämtliche Anliegen aus der Bevölkerung vor Ort zu klären sind.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.22 Kennzeichenbasierte Zählung am Ruckerlberg
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Ruckerlberg als eines der beliebtesten Wohngebiete in Graz hat seit Jahren mit starker

Verkehrsüberlastung zu kämpfen. Leider nutzen nicht nur die dortigen Anrainer das Straßennetz am Ruckerlberg sondern auch Pendler von und zum LKH präferieren diese Abkürzung ständig, wodurch es immer wieder zu Stau und damit zu Lärm etc. kommt.

Eine kennzeichenbasierte Zählung würde hier Aufschluss geben, wie hoch der Anteil der Fahrzeuge von Nichtanrainern ist.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine kennzeichenbasierte Zählung am Ruckerlberg durchgeführt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.23 Neues Schild für Vogelschutzgebiet Weinzöttl
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bislang gab es im Vogelschutzgebiet eine Tafel (siehe Bild) am Ende der Exerzierplatzstraße Richtung Nordosten.

Diese wurde leider aufgrund Vandalismus zerstört.

*Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien
Gemeinderatsklubs nachfolgenden*

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:



Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein neues Schild mit Hinweis auf Vogelschutzgebiet errichtet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.24 Verkehrsspiegel Ecke Nippelgasse/Gradnerstraße
(GR Mag. Winter, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Verkehr in der Gradnerstraße nimmt stetig zu. An Schultagen gilt die 30km/h Beschränkung in diesem Bereich bis 19:00 Uhr, danach fahren die Autos oft schneller als die erlaubten 50 km/h.

Zusätzlich wird durch den Zaun der Kirche die Sicht behindert und die Ausfahrt aus der Nippelgasse erschwert. Gegenüberliegend befindet sich jedoch mittig ein Laternenmast, der sich hervorragend für Verkehrsspiegel eignen würde und so die Verkehrssicherheit ohne optische Beeinträchtigung des Ortsbildes erhöhen könnte. Ersatzweise sind auch Maßnahmen denkbar, die die Ausfahrt aus der Nippelgasse in Richtung Gradnerstraße hinsichtlich des Radweges verbessern denkbar.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen prüfen, ob und bis wann ein Verkehrsspiegel angebracht und oder Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtverhältnisse im oben genannten Bereich umgesetzt werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.